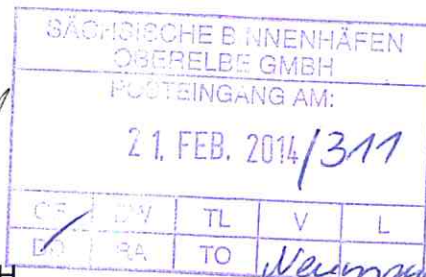


## Kurzmitteilung

LANDESDIREKTION SACHSEN  
09105 Chemnitz

Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH  
z. H. Herrn Neumann  
Magdeburger Straße 58  
01067 Dresden



Ihr/-e Ansprechpartner/-in  
Karin Arnold

**Durchwahl**  
Telefon +49 351 825-3215  
Telefax +49 351 825-

karin.arnold@  
lds.sachsen.de\*

**Aktenzeichen**  
(bitte bei Antwort angeben)  
DD-32-0513.20/21-Alter  
Hafen

Dresden,  
18. Februar 2014

### Scopingtermin für das Bauvorhaben "Neubau eines KV-Terminals im Hafen Riesa, Alter Hafen", Niederschrift zum Scopingtermin

Sehr geehrter Herr Neumann,

mit Bezug auf:

- ☐ Ihr Schreiben vom: \_\_\_\_\_ Az.: \_\_\_\_\_  
☐ das Gespräch vom: \_\_\_\_\_ mit: \_\_\_\_\_

übersenden wir Ihnen die beigefügten Unterlagen zur weiteren Verwendung mit der Bitte um

- ☒ Kenntnisnahme ☒ Verbleib  
☐ Erledigung ☐ Abgabenausschreibung  
☐ wurde erteilt ☐ nicht erteilt  
☐ Rücksprache ☐ Rückgabe ☐ Unterzeichnung  
☐ Termin \_\_\_\_\_ ☐ Stellungnahme bis \_\_\_\_\_

- ☐ bestätigen wir Ihnen den Eingang des Schreibens.  
☐ teilen wir Ihnen mit, dass wir Ihr Schreiben zuständigkeitshalber weitergeleitet haben an:

Mit freundlichen Grüßen

Karin Arnold  
Referentin

Anlage: Niederschrift zum Scopingtermin vom 11. Oktober 2013

**Postanschrift:**  
Landesdirektion Sachsen  
09105 Chemnitz

**Besucheranschrift:**  
Landesdirektion Sachsen  
Stauffenbergallee 2  
01099 Dresden

www.lds.sachsen.de

**Bankverbindung:**  
**IBAN**  
DE82 8505 0300 3153 0113 70  
**BIC** OSDDDE81  
Kto.-Nr. 3 153 011 370  
BLZ 850 503 00  
Ostsächsische Sparkasse  
Dresden

**Verkehrsverbindung:**  
Straßenbahnlinie 11  
(Waldschlösschen)  
Buslinie 64 (Landesdirektion)

Für Besucher mit Behinderungen  
befinden sich gekennzeichnete  
Parkplätze vor dem Gebäude.

\*Kein Zugang für elektronisch signierte  
sowie für verschlüsselte elektronische  
Dokumente.

Landesdirektion Sachsen  
Abteilung 3/Referat 32DD

Dresden, 10. Februar 2014  
Bearbeiter/-in: Karin Arnold  
Tel.: 3215  
Az.: DD-32-0513.20/21-Alter  
Hafen

## **Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben der Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH „Neubau eines KV-Terminals im Hafen Riesa, Alter Hafen“**

### **Niederschrift zum Scopingtermin**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Datum/Zeit: 11. Oktober 2013/Beginn 9.00 Uhr

Ort: Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen

Unterlagen für den Scopingtermin: Abstimmung des umweltplanerischen Untersuchungsrahmens für das Genehmigungsverfahren vom 11. Juli 2013, erstellt von der EIBS GmbH

weitere Anlagen: Anwesenheitsliste

### Inhaltsverzeichnis

- 1 Beschreibung des Vorhabens
- 2 Rechtliche Grundlagen
- 3 Planungsrechtliche Situation
- 4 Vorgesehener Untersuchungsrahmen
  - 4.1 Untersuchungsraum
  - 4.2 Schutzgut Mensch
  - 4.3 Schutzgut Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt
  - 4.4 Schutzgut Boden
  - 4.5 Schutzgut Wasser
  - 4.6 Schutzgut Klima/Luft
  - 4.7 Schutzgut Landschaft
  - 4.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter
  - 4.9 Wechselwirkungen
  - 4.10 Natura 2000-Gebiete
- 5 Allgemeine Hinweise



## 1 Beschreibung des Vorhabens

Das bestehende trimodale Containerterminal am Nordufer des Elbehafens in Riesa ist mit derzeit ca. 40.000 TEU/a bis zur Grenze der Kapazität ausgelastet, mit dem vorhandenen Terminal kann die prognostizierte Steigerungsrate für den Containerumschlag nicht mehr bewältigt werden. Da am Nordufer des „Neuen Hafen Riesa“ durch angrenzende Gewerbe und Wohngebietsbebauung kein Ausbau möglich ist, plant die Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH (SBO) den Neubau eines Containerterminals am Südufer des östlichen Hafenbereiches (Alter Hafen Riesa). Ein trimodulares Containerterminal dient dem Umschlag von Containern über die Transportmittel Schiff, Bahn und Lkw.

Das geplante trimodale Containerterminal (KV-Terminal) soll für eine Umschlagkapazität von bis zu ca. 100.000 TEU/a am Südkai des Hafens Riesa, östlich der Hafenbrücke (Bundesstraße B 182) errichtet werden. Die beplanten Grundstücksflächen mit der vorhandenen Hafenstraße befinden sich vollständig im Eigentum der Vorhabenträgerin. Es handelt sich hier um einen punktuell noch industriell und gewerblich genutzten Altstandort mit einzelnen Werk- und Lagerhallen sowie Güterbahngleisen zur Andienung östlich angrenzender Gewerbe-standorte.

Das planfestzustellende Vorhaben wird in folgende Teilmaßnahmen gegliedert:

- Rückbauten (Funkmast, Oberflächenbefestigungen, Gleisanlagen (2.055 m Länge), Lagerhallen u. ä.)
- Baufeldfreimachung, einschließlich Gebäudeabriss (Trafostation, Werkstatt) und Rodungen
- Geländeaufhöhung um bis zu 0,80 m durch Aufschüttung von ca. 24.000 m<sup>3</sup> Material
- Errichtung von Hochbauten (Gategebäude, Trafostation, Bremsprobeanlage)
- Flüssigkeitsdichte Flächenversiegelung für die Kfz- und Containerumschlags- und -stellbereiche, für die Krananlage sowie den eigentlichen Umschlagplatz am Hafenkai unter konkreter Ausweisung der zusätzlich zu versiegelnden Fläche
- Errichtung der Containervollportalkräne mit Kranbahn
- Errichtung von sechs Gleisen mit einer Länge von jeweils bis zu 470 m und ca. 160 m Gleisneubau für den Lückenschluss im Gleisnetz und Anpassung der vorhandenen Gleis- und Weichenanlagen durch partielle Anhebung um bis zu 0,60 m auf 96,15 m u. NHN
- Errichtung der Lkw-Stellplätze (23 Stellplätze), der Verkehrs- und Containerumschlagflächen der Betriebseinheit 1 (Umschlagfläche für Gefahrgut) mit 1.258 Stellplätzen für Ladeeinheiten des kombinierten Verkehrs
- Neubau Medienanschlüsse, Ver- und Entsorgungsleitungen und Löschwassersystem
- Neubau der Flächenentwässerung mit Lamellenklärer im Schieberschacht und Auslaufbauwerk zum Hafenbecken
- Errichtung sonstiger technischer Ausrüstungen und Anlagen (Beleuchtung, Betriebsleitungssystem u. ä.)
- Umsetzung der vorhandenen Lkw-Düngemittelabgabestelle
- Anpassung der Straßenzufahrt vom Hafengelände am Knotenpunkt Paul-Greifzu-Straße/Uttmannstraße

Der KV-Terminal soll für ein Verkehrsaufkommen ausgelegt werden von

- max. 300 Lkw für die Tageszeit (6-22 Uhr) und max. 40 Lkw für die Nachtzeit
- 6 Züge/d mit Rangierfahrten nur zwischen 6 und 22 Uhr
- max. 1 Schiff/d (ohne Nachtbetrieb), hier Schubschiff zzgl. Schubeinheiten mit einer Länge von max. 136 m (1 Schubeinheit mit l = max. 26 m), einer Breite von ca. 11 m und einem Tiefgang von ca. 2,1 m.



## 2 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 18 AEG dürfen Betriebsanlagen einer Eisenbahn nur gebaut und verändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt ist. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ist entschieden worden, für alle o. g. Teilvorhaben ein einheitliches Planfeststellungsverfahren nach § 18 AEG durchzuführen.

Gleichzeitig ist für das Vorhaben nach Anlage 1 Nr. 14.8 UVPg eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls für die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 3c UVPg durchzuführen. Für die Vorprüfung des Einzelfalls wurden von der Vorhabenträgerin mit Schreiben vom 8. August 2013 Unterlagen für eine Abstimmung des umweltplanerischen Untersuchungsrahmens für das Planfeststellungsverfahren „Neubau eines KV-Terminals im Hafen Riesa, Alter Hafen“ im Rahmen eines Scoping-Termins zur Verfügung gestellt.

Für den ersten Verfahrensschritt gemäß § 5 UVPg sind im Ergebnis der Besprechung zu Inhalt und Umfang der voraussichtlich beizubringenden Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens am 11. Oktober 2013 und die hierzu eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und anerkannter Naturschutzvereinigungen von der Vorhabenträgerin unter Bezug auf die eingereichte Unterlage die im Folgenden aufgeführten voraussichtlichen umweltrelevanten Wirkungen des Vorhabens ergänzend zu ermitteln und darzustellen.

Die Angaben zu den darzustellenden voraussichtlichen umweltrelevanten Wirkungen des Vorhabens sind nur vorläufig und nicht vollständig, da in der eingereichten Unterlage zu einzelnen Wirkfaktoren bewertbare Angaben zur Umwelterheblichkeit der prognostizierten Wirkungen auf die Umweltschutzgüter noch nicht enthalten sind (z. B. Lärmimmissionen, Erschütterungen, Altlastensituation/Schadstoffmobilisierung). Die vollständige Festlegung des vorläufigen umweltplanerischen Untersuchungsrahmens sowie die Entscheidung im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPg können erst nach Vorliegen aller im Nachfolgenden aufgeführten Gutachten und sonstigen Untersuchungen erfolgen.

## 3 Planungsrechtliche Situation

Dem Vorhaben sind die Ziele gemäß dem Landesentwicklungsplan 2013 zugrunde zu legen, u. a.:

„Z 3.6.2 Die Häfen in Riesa, Dresden und Torgau sind, auch in ihrer Funktion als Schnittstelle zwischen der Binnenschifffahrt und den Verkehrsträgern Straße und Schiene, in ihrem Bestand zu sichern und bedarfsgerecht weiter zu entwickeln.“

„Z 3.6.3 Im Hafen Riesa ist ein neues Terminal für den kombinierten Verkehr zu bauen.“

Dementsprechend befindet sich das geplante Vorhaben in Übereinstimmung mit o. g. wesentlichen Zielen der Landesplanung und dient direkt deren Verwirklichung.

Weiterhin sind für das Vorhaben die Vorgaben des Regionalplanes Oberes Elbtal/Erzgebirge zu berücksichtigen, hier insbesondere die auch das Planungsgebiet erfassenden Restriktionsbereiche mit den daraus ableitbaren Konflikten (siehe auch der Anlage 9, Punkt 2.3).

Im Zusammenhang mit der Lage des Planungsgebietes in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet Elbe sind ebenfalls die Anforderungen an das Vorhaben gemäß der Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes zu beachten.

Die Anforderungen im Zusammenhang mit der Funktion des Hafens Riesa als Schutzhafen für Schiffe in Hochwassersituationen sind in die Untersuchungen unter Abgleich mit den prognostizierten Projektwirkungen auf diese Funktion einzustellen.



In Aufstellung befindliche Bebauungspläne sind nach derzeitigem Stand nicht bekannt. Für den Planungsraum findet gegenwärtig die Auslage des 7. Entwurfes des Flächennutzungsplanes der Stadt Riesa statt. Die vorhabenbezogenen Inhalte dieses Entwurfes sind in die Planunterlagen nachrichtlich aufzunehmen.

#### **4 Voraussichtlicher Untersuchungsrahmen**

##### **4.1 Untersuchungsraum**

Grundlage für die Festlegung des vorläufigen Untersuchungsrahmens bilden die unter Gliederungspunkt 1 aufgeführten Teilmaßnahmen des planfestzustellenden Vorhabens. Die darüber hinaus geplante Betriebseinheit 2 ist nicht Bestandteil des eisenbahnrechtlichen Planfeststellungsverfahrens. In die Planunterlagen ist daher eine konkrete und eindeutige Ausweisung aller Bestandteile des planfestzustellenden Vorhabens einzuarbeiten.

In den Unterlagen ist der Baubeschränkungsbereich des Verkehrslandeplatzes Göhlis in geeigneter Form auszuweisen sowie der Verlauf des festgesetzten Überschwemmungsgebietes im Lageplan darzustellen.

Insbesondere der Untersuchungsraum für das Schutzgut Mensch muss entsprechend weit gefasst werden. Insbesondere sind die relativ großen Reichweiten von Schall- und Lichtimmissionen bei der Abgrenzung des Untersuchungsraumes zu beachten. Bei der Erstellung der Lärm- und Erschütterungsprognosen sind alle Gleisanlagen zu berücksichtigen, die gegenüber dem Ist-Zustand lagemäßig geändert oder neu errichtet werden. Dies betrifft auch die höhenmäßig anzupassenden Anschlussgleise.

Da in den Unterlagen die ggf. zum Hafenumschlag bereits vorhandenen Lärm- oder Erschütterungsgutachten oder Prognosen nicht enthalten sind, kann aufgrund der Aktenlage zum jetzigen Zeitpunkt noch **keine** abschließende Festlegung zum Untersuchungsraum erfolgen.

##### **4.2 Schutzgut Mensch**

Im zu erstellenden schalltechnischen Gutachten sind die vorhabenbedingten Emissionsquellen konkret zu ermitteln und auszuweisen. Dies betrifft auch die jeweiligen Verkehrsbelastungen für das Prognosejahr 2025 (Straße/Schiene/Schifffahrt). Weiterhin sind die schutzbedürftigen Nutzungen innerhalb des Untersuchungsgebietes darzustellen.

Die Angaben zu den ermittelten Geräuschimmissionen in Bezug auf die Grenzwerte der 16. BImSchV (in Bezug auf den Hafenbetrieb zusätzlich nach der TA Lärm) sind zu ergänzen durch die Darstellung der Flächen bzw. Immissionspunkte mit Orientierungs- oder Grenzwertüberschreitungen. Daraus sind die ggf. erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen abzuleiten.

##### **4.3 Schutzgut Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt**

Die Unterlagen sind um eine Habitatkartierung in Bezug auf Vorkommen der FFH-Anhang-IV-Art Zauneidechse (*Lacerta agilis*) zu ergänzen. Werden in diesem Zusammenhang Individuen dieser Art nachgewiesen, sind hierfür geeignete CEF-Maßnahmen abzuleiten.

Weiterhin sind im Zusammenhang mit geplanten Gebäudeabrissen Untersuchungen auf mögliche Fledermausquartiere bzw. Vogelniststandorte aufzunehmen.

Die Eingriffserheblichkeit für das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt ist darzustellen (Anwendung der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff. BNatSchG).

#### **4.4 Schutzgut Boden**

Die Ausführungen zum Schutzgut Boden sind insbesondere um die konkrete Angabe der insgesamt zusätzlich zu versiegelnden Fläche zu ergänzen.

Zur geplanten Geländeanhebung ist darzustellen, mit welchem Material und zu welchem Zweck diese Maßnahme erfolgen soll (Schutz vor Überschwemmungen, Baugrundverbesserung und/oder Tragfähigkeitserhöhung o. ä.). Die vom Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie mit dem Schreiben vom 8. Oktober 2013 empfohlenen weiterführenden Baugrunduntersuchungen sind zu ergänzen.

Zusätzlich zu den in Anlage 9, Punkt 3.3 aufgeführten Altlastenflächen sind als weitere Teilflächen die Altlastenstandorte VF 004 Dieseltankstelle, VF 005 Elektro- und Kranwerkstatt sowie VF 006 Schrottplatz westlich Hafenbrücke in der Form zu bewerten, ob und in welchem Maße diese vom Vorhaben betroffen sein können.

Alle Altlastenverdachtsflächen im Plangebiet und deren bekannte Ausdehnung einschließlich der bestehenden Grundwassermessstellen sind in einem Übersichtsplan in geeignetem Maßstab darzustellen. Auf dieser Grundlage ist zu bewerten, welche vorhabenbedingten Wirkungen für die jeweiligen Standorte zu erwarten sind (Tiefbauarbeiten in diesen Bereichen o. ä.).

#### **4.5 Schutzgut Wasser**

In den Planunterlagen sind die einzelnen Wirkstellen des Vorhabens auf das Schutzgut Wasser konkret darzustellen und zu beschreiben.

##### **- Grundwasser**

Zum laufenden Grundwassermonitoring ist ein kurzer Ergebnisbericht zu ergänzen.

Es ist zu untersuchen und zu bewerten, welche vorhabenbedingten Maßnahmen ggf. eine Mobilisierung von im Untergrund vorhandenen Schadstoffen zur Folge haben können (insbesondere Tiefbau i. Z. m. Gründungen, Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen, Geländeentwässerung, Bauwasserhaltungen etc.). Bei Notwendigkeit sind geeignete Vorkehrungen und Vermeidungsstrategien zu benennen.

##### **- Oberflächenwasser**

Die vorhabenbedingten Wirkungen auf den Oberflächenwasserkörper Elbe ist unter Berücksichtigung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu untersuchen und zu bewerten, dies betrifft insbesondere die Flächenentwässerung des Containerterminals mit Einleitung in das Hafenbecken.

Weiterhin ist darzulegen, welche Wirkungen für das Schutzgut Wasser Schadensfälle im Terminalbereich, wie Schadensfeuer, ungewollte Freisetzen von gefährlichen Stoffen etc., zur Folge haben können und welche geeigneten Maßnahmen in diesen Fällen vorzusehen sind.

Die Auswirkungen des Vorhabens auf das festgesetzte Überschwemmungsgebiet Elbe sind zu untersuchen und zu bewerten. Insbesondere sind die vorhabenbedingten Wirkungen auf das Hochwasserabflussgeschehen im Untersuchungsgebiet zu ermitteln und darzustellen (auch für den Einmündungsbereich der Dollnitz).



Die im HWSK „Elbe“ für das Hafengelände empfohlenen Hochwasserschutzmaßnahmen sind zu ergänzen. Dabei sind ebenfalls die einzelnen Hochwassermeldepegel und die dazugehörigen Alarmstufen mit den jeweiligen einzuleitenden Maßnahmen zu beschreiben.

#### **4.6 Schutzgut Klima/Luft**

Zur Beurteilung der Eingriffserheblichkeit für das Schutzgut Klima/Luft besteht nach derzeitigem Kenntnisstand in Bezug auf die eingereichten Unterlagen kein Ergänzungsbedarf.

#### **4.7 Schutzgut Landschaftsbild**

Die Eingriffserheblichkeit für das Schutzgut Landschaftsbild kann infolge der noch nicht abschließend festgestellten bauordnungsrechtlichen Zuordnung des Planungsgebietes (ggf. Anwendung der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff. BNatSchG) gegenwärtig nicht abschließend beurteilt werden.

#### **4.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter**

Die vorhabenbedingten Wirkungen auf die im Plangebiet ausgewiesenen archäologischen Denkmale sind zu untersuchen und zu bewerten (Baudenkmal Lauchhammerstraße 38 der Gemarkung Gröba, Flurst. 143/2, vom Vorhaben nicht betroffen). Hierzu sind auch die Ausführungen in der Stellungnahme des LRA Meißen vom 3. Februar 2014 zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind in die Unterlagen aufzunehmen.

#### **4.9 Wechselwirkungen**

Es sind die Verknüpfungen einzelner Schutzgüter miteinander und deren Auswirkungen aufeinander für dieses Vorhaben darzustellen (z. B. Schutzgut Boden und Wasser im Zusammenhang mit Maßnahmen an Altlastenstandorten).

#### **4.10 Natura 2000-Gebiete**

Im Untersuchungsraum, unmittelbar an das Hafengebiet angrenzend, befinden sich verschiedene Natura 2000-Gebiete (vgl. auch Anlage 9, Nr. 3.2 der Planunterlagen). In Bezug auf den dargestellten Umfang der zu erstellenden Vorprüfungen besteht nach dem derzeitigen Stand kein Ergänzungsbedarf.

### **5 Allgemeine Hinweise**

Als parallele Planungen Dritter, die die Umweltauswirkungen des geplanten KV-Terminals im Hafen Riesa verstärken könnten, wurden von den Trägern öffentlicher Belange die Vorhaben der Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen (LTV) und der Fa. Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH benannt.

Die LTV plant die Ergänzung der Hochwasserschutzanlage in Riesa-Gröba entlang der Nordseite des Neuen Hafens (Genehmigungsverfahren ist angekündigt). Mögliche vorhabenbedingte Wirkungen sind darzustellen. In Bezug auf die bereits errichtete Hochwasserschutzanlage im Bereich Deich Kirchstraße/Hafen bis einschließlich Kläranlage Riesa sollen ebenfalls die vorhabenbedingten Wirkungen ermittelt und bewertet werden, hier insbesondere auch zum hier geplanten Trittsteinbiotop für Biber und Fischotter.

Im Zusammenhang mit der Planung der Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH zur Produktionserhöhung wurde darauf hingewiesen, dass für dieses Vorhaben ebenfalls die gleiche Zufahrtsstraße zur verkehrlichen Erschließung genutzt werden soll, wie für das neue KV-Terminal. Die Verkehrsprognosen für beide Vorhaben sowie die jeweiligen Lärm- und Lichtimmissionsbelastungen sollen hinsichtlich ihrer kumulativen Projektwirkung abgeglichen werden.



Karin Arnold  
Referentin

**Anlagen:** Anwesenheitsliste  
Stellungnahme des LRA Meißen vom 3. Februar 2014 mit Denkmalkartierung



# TEILNEHMERLISTE

(Vorhabensträger, beauftragte Ingenieurbüros)

**Scopingtermin:** 11. Oktober 2013

**Ort :** Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden

**Planfeststellung:** „Neubau eines KV-Terminals im Hafen Riesa, Alter Hafen“

[illegible]

# TEILNEHMERLISTE

(TÖB, Naturschutzvereine)

Scopingtermin:



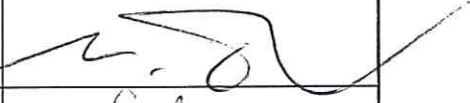



11. Oktober 2013

Ort:

Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden

Planfeststellung:

„Neubau eines KV-Terminals im Hafen Riesa, Alter Hafen“

Name, Vorname in <u>Druckschrift</u>	Dienststelle / ggf. Anschrift in <u>Druckschrift</u>	Unterschrift
Lindner, Tilo	Stadt Riesa	
Nicolai, Ina	— " —	
Tomel	LRI - Meide	
Mühle, Kerstin	LDS DD	
Zehn, Kristin	LDS - DD	
Gottfried Mann	BUND Sachsen	
Bürger, Jens	Landesbahnen/Leicht-LEA	